

Weitere acht Millionen für die Integration

Bald entscheidet der Grosse Rat über die dritte Tranche des Integrationsprogramms. Wie 2014 und 2017 ist nur die SVP dagegen.

AZ Aarau, 16.02.2023

Eva Berger

Keine Debatte über Zuwanderung, ohne dass die Integration von Ausländerinnen und Ausländern ins Feld geführt würde. Wer in der Schweiz lebt, soll sich anpassen, darin sind sich weite Teile der Gesellschaft einig. Weit auseinander gehen aber die Meinungen dazu, wer für eine erfolgreiche Integration zu sorgen hat, wie diese ausgestaltet sein soll und was sie kosten darf.

Auch in der Aargauer Politik. Seit 2014 laufen die Kantonalen Integrationsprogramme, welche die Massnahmen für Gemeinden und Kanton bündeln. Einen guten Teil der Kosten übernimmt der Bund, für die erste Tranche bis 2017 wendete der Aargau rund fünf Millionen

Franken auf. Gegen den Willen der SVP hat der Grosse Rat das Programm 2017 verlängert, wegen der miesen Kantonsfinanzen allerdings um 2,2 Millionen Franken abgespeckt.

Beitrag für Eintritt in den Arbeitsmarkt

2023 läuft nun auch das aktuelle Programm aus, für 2024 bis 2027 ist also ein neuer Verpflichtungskredit notwendig. Der Grosse Rat soll für einen einmaligen Bruttoaufwand 16,4 Millionen Franken bewilligen, der Kantonsanteil betrage dabei 7,92 Millionen. Der Regierungsrat hat die Vorlage im letzten November in die Vernehmlassung geschickt, am Mittwoch ist diese ausgelaufen.

Die Integration von zugewanderten Menschen sei von

grosser Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein Beitrag für einen raschen und nachhaltigen Eintritt in den Arbeitsmarkt, schrieb Volkswirtschaftsdirektor Dieter Egli zum Anhörungsstart. Dem pflichten die Parteien bei – ausser der SVP. Wie bereits 2014 und 2017 ist sie wieder die einzige der grösseren Aargauer Parteien, die das Integrationsprogramm ablehnt.

«Die SVP vertritt die Haltung, dass Integration in erster Linie in der Eigenverantwortung der in der Schweiz lebenden Ausländerinnen und Ausländer liegt», schreibt sie. Die Grundsätze des Programms tönnten zwar gut, Resultate seien bislang jedoch keine ersichtlich. Ausserdem sollten Integrationsmassnahmen jenen

vorbehalten sein, die in der Schweiz bleiben können, «gescheiter wäre es, die Verfahren und Ausschaffungen voranzutreiben».

Programm sieht mehr Mittel für Sprachkurse vor

Im Integrationsprogramm 2024–2027 gibt es gegenüber den Vorjahren ein paar Anpassungen. Das Angebot an Deutschkursen wird dem Bedarf angepasst, was jährlich zusätzlich 700 000 Franken kostet. Ausserdem wird die Regionalisierung der Integrationsfachstellen vorangetrieben. Beides begrüsst die FDP: Sprachliche Bildung sei für die gesellschaftliche und berufliche Integration entscheidend, schreibt sie. Es sei ihr wichtig, dass Migrantinnen und Migranten rasch den Einstieg in den

Arbeitsmarkt finden. Eine gute Integration verhindere Kosten in den Sozialwerken, hält die Mitte fest. Sie unterstützt die Ausweitung der Regionalisierung ebenfalls. Das tut zwar auch die GLP, die Gelder seien aber «sorgfältig zu investieren» und Strukturen wirkungsorientiert zu organisieren.

Anders sieht das die EVP. Der Verpflichtungskredit über 7,92 Millionen Franken sei angesichts der hohen Zuwanderungszahlen zu knapp bemessen, findet die Partei. Zudem wäre es wichtig, dass Kinder von Migranten bereits vor dem Schuleintritt Deutsch lernen.

Der Nutzen der frühen Sprachförderung sei zentral für den späteren Schulerfolg, findet auch die SP, sie möchte eine Frühförderung für Kinder von

Migrantinnen und Migranten. Weiter fordert sie Angebote für Jugendliche, Unterstützung bei der Anerkennung von ausländischen Diplomen und dass alltägliche Diskriminierungen im neuen Programm thematisiert werden.

Unzureichend sei bisher die Unterstützung während der Ausbildung auf Sekundarstufe 2, schreiben die Grünen als Einzige. Würden Ausbildungen gefördert, beispielsweise über die Finanzierung von Schulmaterial oder einen höheren Einkommensfreibetrag, stiegen weniger ungelernete Personen in den Arbeitsmarkt ein, wovon schliesslich Kanton und Gesellschaft profitierten. Denn, so die Grünen: «Integrationsförderung ist eine Investition in die Zukunft.»